

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten beträgt 12 M. 45 Pf. in Reichsmark. Bei Nichtpostämtern der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 60 Pf., die Restzeile 1 M. 50 Pf. Mindestbetrag eines Auftrags 2 M. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsbargeld oder gerichtlicher Entscheidung ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 27.

Altensteig, Donnerstag den 8. Februar.

Jahrgang 1921.

Zu den Pariser Abmachungen gegen Deutschland.

Reichstag.

Berlin, 2. Febr.

Präsident Ebbé eröffnet die stark besuchte Sitzung um 1/2 12 Uhr. — Besprechung der Erklärung der Regierung.

Abg. Schäfer (D.D.P.): Namen der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbunds habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Die uns vorgelegten Noten enthalten Zusatzen, die weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrags noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volks vereinbar sind. (Lebhafte Beifall.) Im vollen Bewusstsein unserer Verantwortung erheben wir feierlich Widerspruch gegen den Mißbrauch der Gewalt. (Lebhafte Beifall.) Die Erklärungen des Herrn Reichsministers des Auswärtigen billigen wir (Lebhafte Beifall.) In der Entschlossenheit, die wir bei uns überkommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung ausführen. Wir legen aber Verwahrung ein gegen die Entschuldigungen, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstoßen. Die Verantwortung dafür, daß durch unsere weitere Schwächung auch die Widerstandskraft gegen die von außen und innen drohenden Gefahren des Bolschewismus gelähmt wird, trifft die Alliierten. (Sehr wahr!) Die Beschlüsse der Verbündeten sind unannehmbar und nicht geeignet die Grundlage für Verhandlungen zu bilden. Sie würden die wirtschaftliche und politische Verelendung des deutschen Volks nach sich ziehen und auch alle anderen Völker in unseren Untertanen verfallen. Die Regierung wird uns an ihrer Seite stehen, wenn ihre Vorschläge abgelehnt werden und die Entente an ihren Forderungen festhält, die die Vernichtung des deutschen Volks in Gegenwart und Zukunft bedeuten.

Abg. Müller-Franke (S.) gab im Auftrag der Sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab: Die Fraktion stimmt den Ausführungen des Außenministers zu. Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, die Beschlüsse für ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden. (Lebhafte Beifall.) Sie würde das Vertrauen weder des Inlands noch des Auslands haben, denn sie würde sich einer Hauptbedingung schuldig machen. Die sofortige Abkehr von der Forderung der Erfüllung der deutschen Forderungen würde die Erfüllungsfähigkeit des deutschen Volks um ein Vielfaches übersteigen. Die Ausfuhrverbote würden einen Zwang für die ganze Welt, auf dem deutschen Markt teurer einzukaufen, und eine Herabsetzung der Lebenshaltung, eine Verelendung der deutschen Arbeiterklasse bedeuten. Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Zollsystems würden der Weltwirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerbittliche Zwangsjacke anlegen. Die Sozialdemokraten des Reichstags achten an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die einer annehmbaren Lösung entgegenführen. (Lebhafte Beifall.) Die Entschlossenheit Deutschlands ist heute schon soweit gediehen, daß auch für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht, die schweren Maßnahmen weiter zu tragen.

Abg. Hergl (D.N.P.) teilt als Stellungnahme seiner Parteifreunde mit: Wir sind durchdrungen von dem ganzen Geist der Note. Für uns gibt es gegenüber diesen Zusatzen nur ein alteses Wort: Nein! In den Ausführungen des Reichsministers in der Entschlossenheit hätten wir einen entschlosseneren Ton gewünscht. (Beifall rechts.) Die Not der Zeit hat uns gezwungen, im Interesse der Selbsterhaltung Abänderungen der Bestimmungen des Friedensvertrags zu verlangen. Auch die Entente hat sich bisher diesen Möglichkeiten nicht ganz verschließen können. Jetzt ist es nicht nur alle Rücksichten wegzulassen, sondern über die unerhöhten Entschlossenheiten des Friedensvertrags mußte sie uns ohne jeden Verzicht und Rechtsgrund weitere Einschränkung unserer Machtmittel zu. In der Frage der Entschlossenheit können wir sachlich den Ausführungen des Ministers zu. Die Folgen der Annahme wären die dauernde Verelendung und Entwürdigung des deutschen Volks. Diese Vorschläge müssen darum einmütig zurückgewiesen werden und dürfen in keiner Weise als Grundlage oder auch nur als Anhaltspunkt zu künftigen Verhandlungen dienen. (Lebhafte Zustimmung.) Die uns angedrohten „Sanktionen“ gehen noch über die im Versailles-Vertrag festgesetzten Strafmaßnahmen hinaus. Wir erheben gegen diese rechtswidrigen und rechtsgrundlos widerrechtlichen, uns aus unerhöhtem Vernichtungsinstinkt gegen unser Volk erlassenen Vorschläge entschieden und feierlich Einspruch. (Beifall.) Will die Entente uns ihre Forderungen mit Gewalt aufzwingen, so zerreißt sie mit eigenen Händen den Versailles-Vertrag. (mit erhobener Stimme) und das auch für uns. (Lebhafte Beifall.) Wir stellen uns hinter jede Regierung, die der neuen unerhöhten Verelendung entschlossen entgegentritt.

Abg. Ledebour (D.P.) beantragte, die Rechte trag die Schuld an allem. Die Entschlossenheiten hätten eine gewisse wirtschaftliche Anzeichen in Frage können. Die Friedensforderungen der Rechte bedeuteten eine Entschädigung von 200 Milliarden und 150 Milliarden für die Verbündeten bedeuteten, was bei dem jetzigen Goldstand etwa 500 Milliarden Goldmark ausmachen würde. Demgegenüber scheinen die Entschlossenheiten verhältnißmäßig. Die Verelendung der Ausbeutung der Arbeiter durch die kapitalistischen Kapitalisten lasse sich nur durch den internationalen Zusammenschluß der Arbeiterschaft erreichen. (Beifall.) (Abg. Ledebour) Die Erklärung der Regierungsparteien ließe im Widerspruch zu der Erklärung des Reichstags. Mit solchen Erklärungen werden wir der Entente nicht imponieren, auch nicht mit der Erklärung des Abg. Müller-Franke. Nur eine Stelle gebe es, die die große Weltbewegung herbeiführen kann: Sowjetrußland, das sich dem Ententeallianzismus nicht beugt. Präsident Ebbé dankt für die Anträge, in der er ausführt: Mögen die Gegner auch die Worte des Reichstags hören, damit ihnen und uns die Läden erspart bleiben, die eintreten könnten beim Versuch einer einseitigen Durchsetzung

dieser unerbittlichen Forderungen. Die Forderungen entsprechen vielleicht dem nahen Glauben, daß die Arbeiterschaft des deutschen Volks unerschütterlich bleibe, auch bei den größten Drangsalierungen. Das aber, was der Fremde in gut versorgten Kolonialen sieht, ist nicht das deutsche Volk. Da, wo von 600 Gemeindegliedern 400 kein Hand anhaben, wo die Mutter den hungernden Kindern kein Brot mehr geben kann, da steigt sich das Gemüt des deutschen Volks. Das deutsche Volk hat seine meiste Stimme erhoben. Wird es überhört, dann treffen die Folgen nicht nur uns, sondern ganz Mitteleuropa und auch die, die sie hervorgerufen haben. (Lebhafte Beifall.)

Landtag.

Stuttgart, 2. Febr.

Präsident Walter eröffnet die heutige 39. Sitzung mit einer Ansprache, in der er u. a. heißt: Der Oberste Rat in Paris hat in seinen Beschlüssen Forderungen aufgestellt, die mit ihrer unerhöhten und unerträglich hohen und Granulanz ein geradezu lähmendes Entsetzen in den Kreisen der Bevölkerung Deutschlands hervorgerufen haben. Diese Forderungen zu erfüllen, ist unmöglich. Die Ausrückung dieser Bestimmungen bedeutet die Vernichtung der Existenz des deutschen Volks, die Hintanhaltung des so dringend notwendigen Wiederaufbaus unseres Wirtschaftslebens und die Festlegung unerträglicher Schicksale über ein Menschenalter hinaus. Der Glaube und die Hoffnung auf eine bessere, erträglichere Zukunft wäre damit für immer vernichtet. Die Hoffnung auf eine Verführung aller Völker müßte für immer zu Grabe getragen werden. Geschlossen und einmütig lehnen deshalb alle deutschen Stämme und Länder das Verlangen der Entente entschieden ab. Auch in diesem hohen Haus besteht in Ablehnung dieser wahnwitzigen Forderungen nur eine Meinung: lieber der Untergang, als ein ephemeres Schicksal. (Beifall.)

Der Abg. Fankel (Komm.) bittet ums Wort, der Präsident erteilt ihm das Wort.

Markgrube, 2. Febr. Im badischen Landtag geachtete heute vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident Kopf der niederschmetternden Lage, in die das deutsche Volk durch die Erklärungen der Entente in der Entschuldigungsfrage geraten sei. Was dem deutschen Volk in diesen Bedingungen zugemutet werde, gehe hinaus auf die dauernde Verelendung und wirtschaftliche Verschlechterung auf mindestens ein Jahrhundert (Zustimmung). Es ist nicht die Aufgabe des Landtags, dazu Stellung zu nehmen. Aber ich glaube, es entspricht doch aller unserer Meinung und Empfindung, daß auch an dieser Stelle entschiedener Protest gegen die ungeheure Zumutung eingelegt wird, die das deutsche Volk niemals annehmen kann. (Sehr richtig!) Wir haben uns viel gefallen lassen und zu werden uns viel gefallen lassen. Aber sich selbst zu vernichten, das kann dem deutschen Volk nicht zugemutet werden. Der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, hat mit seiner männlich entschiedenen und sachlichen Abweisung aus unser aller Herzen gesprochen. Wir stehen in dieser Hinsicht hinter der deutschen Regierung. Einigkeit soll uns beherrschen, aber auch männlich entschiedener Stolz, der nicht dabei mitwirkt, uns das eigene Grab zu schaufeln. Wir hoffen, daß das deutsche Volk trotz aller niederschmetternden Ereignisse sich doch noch behaupten wird. (Allseitige Zustimmung.)

Industrie und Finanz.

Der frühere Berliner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in einem Artikel über die Pariser Konferenz u. a.:

Es fällt auf, wie sehr die Franzosen sich ihren Freunden und Halbfreunden entfremden. Selbst für diejenigen in Deutschland, die eine Zusammenarbeit mit Frankreich gegen England befürworten, bedeutet dies eine harte Lehre. Die Besprechungen zwischen Frankreich und Deutschland hatten den Nachteil, daß sie auf zweierlei Art geführt wurden. Bergmann verhandelte in Paris, Simons hatte mehrmals in Berlin Besprechungen mit dem französischen Botschafter Laurent. Diese Besprechungen waren manchmal in industriellem Jahrbuch. Sowohl Engländer als auch Franzosen setzen die Deutschen wissen, daß der größte Fehler, den sie begehen könnten, der sei, Hugo Stinnes als technischen Ratgeber nach irgendeiner Konferenz zu entsenden. Nach dem entschiedenen Auftreten des Herrn Stinnes in Epo wäre dies vom englischen Standpunkt wohl zu begreifen. Stinnes wurde jedoch vor einigen Wochen gewählt, doch geschah dies auf ausdrücklichen Wunsch der Franzosen. Die Beziehungen zwischen den französischen und deutschen Großindustriellen sind denn auch merklich intim. Dieses Verhältnis ist schließlich zum Ausdruck

gekommen in einem Entwurf, zur Regelung der Entschuldigungsfrage, der hauptsächlich von französischer Seite (Soudou, der für einen erheblichen Teil der Kriegsentwässerung Sachleistungen anstelle der Barzahlung in Gold vorschlug) stammte, und der jetzt wahrscheinlich durch das Auftreten Doumer's umgeworfen worden ist. Dieser Entwurf lief darauf hinaus, daß die französische und die deutsche Industrie zusammen eine Art Ausfuhrtrutz bilden sollte, der anscheinend bezweckt, das deutsche „Dumping“ (Preisunterbietung) zum Nachteil Frankreichs zu verhindern und den Deutschen gute Preise zuzusichern. Von dem Ertrag der Güter deutscher Herkunft, die von diesem Trutz ausgeführt werden sollten, sollten 20 v. H. in einen Fonds für die Kriegsentwässerung abgetrennt werden. Die deutsche Industrie war für diese Regelung sehr eingenommen. Sie sagte sich, eine Fabrik, die mit deutschen Maschinen eingerichtet wird, wird später nicht daran denken, andere Maschinen in England zu bestellen, und zu den ersten Lieferungen würden in den meisten Fällen weitere kommen. Die Aussichten machte die deutsche Industrie für die Wünsche der französischen Regierung zugänglich. Als der Vorschlag der fünf Jahresleistungen bekannt wurde, schien die Industrie der Meinung zu sein, daß man den Franzosen diesen Wunsch gewähren solle. Vorige Woche herrschte aber in Finanzkreisen große Besorgnis, daß Simons nachgeben würde. Man sprach sehr erbittert gegen die Industriellen und einige Mitglieder der Berliner Finanz redeten schon davon, ihre Mitwirkung einzustellen, wenn Simons sich auch jetzt wieder unter den Einfluß der Industrie des Ruhrgebiets stellen würde. Diese ganze Frage ist jetzt verschwunden durch die plötzliche Aenderung in der Taktik der Franzosen. Ob damit aber die Zusammenarbeit der gegenseitigen Industriellen aufhört, ist eine andere Frage.

Dresden, 2. Febr. In sächsischen Industriekreisen ist man der Überzeugung, daß die 12prozentige Ausfuhrsteuer das Ende der sächsischen Ausfuhr-Industrie sein werde, die heute schon nur durch den niedrigen Markkurs ausfuhrfähig sei.

Paris, 2. Febr. „Le Peuple“ macht darauf aufmerksam, daß der französische Staatshaushaltsplan für 1921 16 Milliarden Franken auf Rechnung der deutschen Kriegsentwässerung eingestellt habe. Diese made aber, selbst wenn sie nach dem Pariser Abkommen reiflos bezahlt würde, kaum den vierten Teil der Summe aus. Es werde also nötig sein, um die schwierige Finanzlage Frankreichs nicht zu erschüttern, die deutschen Verpflichtungen durch eine Anleihe unter internationaler Bürgschaft sofort nutzbar zu machen. Der „Figaro“ schreibt, die Verpflichtungen Deutschlands lassen sich in dem nötigen Umfang nur nutzbar machen, wenn Amerika an der Regelung sich beteilige, wofür aber in den Vereinigten Staaten geringe Reizung zu bestehen scheint.

London, 2. Febr. Das Handelsamt zieht in Abrede, daß der Oberste Rat in Paris die erhöhte Kohlenlieferung Deutschlands festgesetzt habe. Reuter ergänzt halbamtlich, die Kohlenlieferung sei Sache der Wiederherstellungskommission. Nur wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entzöge, würde der oberste Rat sich mit dem Fall zu befassen haben.

London, 2. Febr. Der englische Volkswirtschaftsgelehrte Keynes schreibt im „Manchester Guardian“ über das Pariser Abkommen, die Beschlüsse können wohl kaum ernst gemeint sein. Es sei unerfindlich, wie Deutschland neben allen anderen Belastungen seine Ausfuhr so steigern könne, daß aus der 12prozentigen Besteuerung in den ersten Jahren ein Betrag von 3 bis 4 Milliarden Goldmark, später noch mehr, für den Verband herausgebracht werden könnte. Die Ausfuhr Deutschlands bestand vor dem Krieg hauptsächlich aus Eisen, Stahl, Maschinen, Kohlen, verarbeiteter Wolle und Baumwolle. Wie sollte Deutschland die Einfuhr der Rohstoffe bezahlen, wenn ihm auch Anleihen im Ausland verboten werden? — Die „Times“ befürchtet, wenn die deutsche Ausfuhr wirklich so gesteigert werde, wie die Pariser Beschlüsse es verlangen, so werde die Industrie der anderen Staaten darunter zu leiden haben. Die Zahlungen Deutschlands werden in der Hauptsache wohl in Papier erfolgen, es werden noch mehr Noten gedruckt, wodurch der Markwert noch weiter sinke. Die Folge werde ein weiterer Niedergang der Lebenshaltung in Deutschland sein. Das wäre zwar eine gerechte Strafe, aber dadurch werden auch die Arbeitskräfte um so billiger und der deutsche Arbeiter werde ein schmerzlicherer Konkurrent auf dem Weltmarkt werden.



Zürich, 2. Febr. Schweizer Blätter schreiben, die neutralen Regierungen haben allen Grund, dem Pariser Abkommen volle Aufmerksamkeit zu schenken, denn auch die vollständige Freiheit der neutralen Staaten stehe in Frage, wenn Deutschland Ausfuhrsteuern erheben müsse, die doch von den Ländern bezahlt werden müssen, die deutsche Rohstoffe (Kohlen, Eisen usw.) und Halbfabrikate kaufen müssen. Die ganze widerliche Überwachung des Handelsverkehrs durch die Verbandsstaaten (S.S.S., R.D.T. usw.) und die schlimme Handelsblockade während des Krieges müßten die Neutralen wieder über sich ergehen lassen.

Bankwechsel auf die Kriegsschuld.

Paris, 2. Febr. Die Abgeordneten Aubriot, Lévassier, Rozier und Barthélemy haben einen Gesetzentwurf eingebracht zur unverzüglichen Kupferrückzahlung der französischen Schuldforderung an Deutschland. Der Entwurf sieht die Ausgabe von Bankwechseln der Bank von Frankreich auf die deutsche Schuld bis zur Höhe von 150 Milliarden in Abschnitten vor, die nach und nach je nach Bedarf ausgegeben werden sollen. Die Ausgabe wird in erster Linie zu verwenden sein für die Wiederherstellungsarbeiten, für die Einlösung von Guthabens der nationalen Verteidigung und für beträchtliche Heimzahlungen der französischen Kriegsanleihen, wodurch der Anleihemarkt wieder den französischen Staatsanleihen geöffnet werden soll.

Widerpruch in Amerika?

Paris, 2. Febr. Wie Pertinax im „Echo de Paris“ schreibt, soll das Pariser Abkommen eine gewisse Kritik in Amerika finden, erstens, weil es den Friedensvertrag von Versailles verleihe, indem es die Zahlungen auf 42 Jahre verteile, obwohl der Friedensvertrag von Versailles auf direkte Beeinflussung des Präsidenten Wilson die Grenze auf 30 Jahre festgelegt habe. Nur das gegenwärtige Geschlecht sollte zahlen, habe Wilson erklärt. Zweitens sei man gegen die Überwachung der Wiederherstellungskommission über alle Finanzmaßnahmen der deutschen Regierung und schließlich gegen die 12-prozentige Ausfuhrsteuer, die notwendigerweise die Handelsbeziehungen aller Länder mit Deutschland beeinflussen wird. Schließlich aber, die das Abkommen nicht unterzeichneten. Pertinax gibt zu, daß die Wiederherstellungskommission einschließlich des halbamtlichen Vertreters von Amerika, Boyden, am 27. August gegen die Verringerung ihrer Machtbefugnisse Einspruch erhoben. Er gibt ferner zu, daß die Engländer am vorigen Freitag die Steuer um 65 Prozent erhöhten, aber die Entschädigungssumme um 70 Prozent herabsetzten. Pertinax geht auch, daß bei einem Steigen des deutschen Kurses der deutsche Handel einer vernichtenden Verminderung ausgesetzt werden könnte.

Rotterdam, 2. Febr. Exange-Agentur meldet, im Ausschuss des amerikanischen Senats habe Staatssekretär Colby im Namen Wilsons auf eine Anfrage erklärt, die Vereinigten Staaten haben keine Verantwortung, gegen die Pariser Beschlüsse Einspruch zu erheben. — Nach der „Newport Sun“ will der neue Präsident Harding „in den europäischen Fragen“ völlig neutral bleiben, er lehnt daher eine Stellungnahme zu dem Pariser Abkommen ab.

Eintrifflige Stimmung im ganzen Reich gegenüber den Forderungen der Entente.

W.B. Berlin, 2. Febr. Die Blätter bringen Berichte, aus denen die eintrifflige Stimmung im ganzen Reich gegenüber den Forderungen der Entente hervorgeht. Die Leipziger Diskussionsgruppe der Liga zum Schutze der deutschen Kultur sandte ein Telegramm an den Minister des Innern, Dr. Simons, worin es heißt: Ein Volk in tödlicher Not verlangt von seiner Regierung gegenüber einer Eroberungspolitik wie die der Entente ein entschlossenes und jähes Aushalten.

Neues vom Tage.

Neuzeitliche Verschiebung der Brüsseler Konferenz.

Paris, 2. Febr. Nach Blättermeldungen soll die für Anfang Februar angeordnete Sachverständigenkonferenz in Brüssel aufgeschoben werden.

Neue Marschälle.

Paris, 2. Febr. Wie der „Matin“ mitteilt, sollen die Generale Franchet d'Espèrey, Foyolle und Bianchi zu Marschällen ernannt werden.

Am Tage der Ankunft des polnischen Staatschefs Pilsudski soll auf Anordnung des französischen Unterrichtsministers in allen Schulen Frankreichs eine Stunde polnischer Unterricht erteilt werden. (Ein niedlicher Fastnachtschertz!)

248 gegen 70.

Paris, 2. Febr. Nach einer Meldung aus Athen wurde der Regierungskandidat Lomberton mit 248 Stimmen zum Präsidenten der griechischen Nationalversammlung gewählt. Der Anhänger des Venizelos erhielt 70 Stimmen.

Enttäuschung in Oesterreich.

Wien, 2. Febr. Die Pariser Entscheidung in der Kreditfrage für Oesterreich hat hier tiefe Niedergeschlagenheit hervorgerufen. Die lästige Verschleppung der Währungsart der verheißenen 20 Millionen in der Meldung von Havas vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß es sich lediglich um Franken (nicht Dollars) handelt, also eine Summe, die 8 Milliarden Kronen gleich zu setzen ist und nur zur Deckung eines Bruchteils des jährlichen Ernährungsbedarfs ausreicht.

Es kommt hinzu, daß über das Kreditat, das diese Summe bereitstellen soll, nichts Näheres gesagt worden ist. Dafür werde aber die Errichtung einer Finanzüberwachung angebrocht, die Oesterreichs Unabhängigkeit in völlige Versklavung verwandelt, und die Verringerung der Beamtenzahl und die Entvölkerung Wiens in Aussicht genommen. Weiter wird eine Hilfe durch die Konferenz der widerstrebenden Nationalstaaten vorgeschlagen, während von der Beschaffung der zur Bekämpfung der Volkswirtschaft notwendigen Rohstoffe mit keinem Wort die Rede ist. Selbst das Gnadengeschenk des Verzichts auf alle Forderungen an Oesterreich wird nur empfohlen.

Zutungen in Indien.

Paris, 2. Febr. Havas meldet aus Bombay, die Werbetätigkeit der freilebenden englischen Studenten (gemeint sind wohl eingeborene Studenten, die in England studieren), die die eingeborene Bevölkerung auffordern, der britischen Verwaltung keinerlei Beihilfe zu leisten, scheine Tag für Tag größeren Umfang anzunehmen.

London, 2. Febr. (Reuter.) In Cork wurde, entsprechend den Bestimmungen des Belagerungszustands, ein Pächter aus der Grafschaft Kerry, der im Besitz eines geladenen Revolvers angetroffen worden war, hingerichtet (!).

Madrid, 2. Febr. (Havas.) Die Vereinigung der Arbeitgeber droht mit Auspekerung für den Fall, daß die sozialistisch-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fortfahren sollten, diejenigen Arbeitgeber zu boykottieren, die Mitglieder der katholischen Gewerkschaften einstellen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 8. Februar 1921.

Sammlung für das Handwerkererholungsheim. Durch die vom hiesigen Gewerbeverein für das Handwerkererholungsheim eingeleitete Sammlung ist der jetzige Betrag von M. 2553.— eingegangen. Allen Gebern sei für ihre Zuwendungen hiermit herzlich gedankt. Auch den Mitgliedern des Gewerbevereinsauschusses, welche die Sammlung mit so gutem Erfolg durchgeführt haben, gebührt Dank und Anerkennung.

Verbesserung der Militärrentenbezüge. Der Reichstagsausschuss für die Kriegsbeschädigtenfürsorge hat gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten einen Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, gemäß der Ermächtigung des Par. 87 des Reichs-Berf.-Gesetzes die Teuerungszulagen vom 1. Januar ab von 25 auf 35 Prozent, den in Par. 45 vorgezeichneten Betrag von 1500 auf 2000 Mark und die Stufung des steuerpflichtigen Einkommens je um 2000 M. zu erhöhen.

Keine mündliche Auskunftspflicht des Geschäftsinhabers. Die Frage: Ist ein Geschäftsmann verpflichtet, über einen Angeklagten noch mündlich Auskunft zu erteilen, hat das Kaufmannsgericht Bremen verneint, für den Fall, daß dem ausgetretenen Angeklagten bereits ein ordnungsmäßiges Zeugnis ausgestellt worden ist. So sehr es sich auch empfiehlt, nicht allzu viel auf Zeugnisse zu geben und über den Angeklagten, besonders wenn er einen wichtigen Posten bekleiden soll, erst noch eine mündliche oder schriftliche Auskunft bei dem früheren Geschäftsinhaber einzuholen, so sei dieser doch keineswegs zu einer persönlichen Auskunft verpflichtet.

Hundesteuer und Heereshund. In vielen Gemeinden besteht die Absicht, die Hundesteuer auf 1. April ds. Jrs. erheblich zu erhöhen, so daß mancher Hundebesitzer sich von seinem Tiere trennen wird. Da empfiehlt es sich, vor der Veräußerung der Hunde, insbesondere ins Ausland, die Tiere an die Heeresverwaltung abzugeben, die in nächster Zeit eine größere Anzahl brauchbarer deutscher Schäferhunde, Rotweisser, Boxer, Akedale, Dobermannpinscher und Pudels im Alter von 10 Monaten bis zu 2 Jahren zur Ausbildung als Diensthunde braucht. Man wende sich an die Diensthundemestelle Stuttgart, Augustenstraße 109, Fernsprecher 11 286.

L.C. Schweinemastverträge. Im Ernährungsministerium wurden in Anwesenheit mehrerer Mäster Schweinemastverträge beraten. Die Mäster sollen für jedes Schwein 4 Jtr. Mais zu je 60 M. bekommen und müßten dann 2 Jtr. Lebendgewicht zum Preis von 6 M. für das Pfund abgeben. Die Kleinbauern nahmen einen durchaus ablehnenden Standpunkt ein, sie wollen den Zwang endlich einmal los sein und keine Mastverträge abschließen. Die Großmäster waren weniger gegen die Sache selber als gegen den zu niederen Preis von 6 Mark für das Pfund, sie wollen einen Preis von 7 bis 8 Mark haben. Die Sache war so geplant, daß der Viehverwertungsverband die Verträge abgeschlossen hätte und der Verband Landwirtsch. Genossenschaften würde die Futterbeschaffung übernehmen. Der Vertreter der Genossenschaftsverbände sprach dabei der Verwendung von Hälftenfrüchten das Wort, die unverkäuflich im Lande herumliegen. Weitere Verhandlungen in der Sache werden wohl stattfinden, aber wir versprechen uns keinen erfolgreichen Verkauf. Jedenfalls warnen der Landwirtsch. Hauptverband und die Landwirte vor dem Abschluß von Mastverträgen. Offenbar will man den verdorbenen Mais los werden, der in Hamburg oder sonst wo lagert. Der Mais taugt aber nichts und wird von den Schweinen auch nicht gefressen. Außerdem wird man das Empfinden nicht los, daß diese Verträge bei der Art und Schärfe der Durchführung nur eine andere Form der Zwangsverwirklichung darstellen.

Calw, 1. Febr. Die Pfarrstelle in Althengstett ist dem Stadtpfarrer Schimpf in Lauffen a. N. übertragen worden. Bis zum Auszug des neuen Herrn Pfarrers wird als Stellvertreter Pfarrer Benjamin Blumhardt von Jedemhausen das Pfarramt versehen. — In Neuhengstett hat gestern Pfarrer Wagner nach 19jähriger Tätigkeit die hiesige Gemeinde verlassen, um seinen neuen Wirkungskreis als Leiter des Jugendamtes in der Stadt Neullingen zu übernehmen.

Freudenstadt, 2. Febr. (Autofache.) Auf der Tagesordnung der letzten Gemeinderatssitzung stand das Kutolinienprojekt nach Altensteig etc. Die Erlebigung bestand in einer Zurückstellung des wichtigen Verkehrsproblems, da die Oberpostdirektion sich jedesmal für die Frage zu interessieren bestimmt, sobald sie von anderer Seite angeregt und in Behandlung genommen wird. Der Bezirktrat wird sich zuerst mit derselben zu befassen haben.

Althengstett, 2. Febr. (Zum Landjägermord.) Der Täter ist am Montag früh nicht geflüchtet, sondern hielt sich im Ort versteckt. Als dies im Laufe des Montag bekannt wurde, wurden für gestern Dienstag 27 Landjäger aus den Bezirken Nord, Süd und Freudenstadt aufgeboden, die gemeinsam ins Ort elamatscherten. Es ist aber dem Täter, den die Landjäger nicht von Angesicht kannten, gelungen, zu flüchten, und zwar weist seine Spur auf Brannmettellen, Solsteden, Heiligenbrunn. Seit heute Mittwoch früh ist wieder ein Landjägerkommando auf der Streife. Auch dem Bruder des Täters, der am Montag abend nach Nord eingekerkert wurde, ist es inzwischen gelungen, aus dem dortigen Arrest zu entfliehen. Die Aufregung ist hier noch groß.

Stuttgart, 2. Jan. (Vom Landtag.) Der Finanzausschuss trat heute zur Beratung der Anträge über die Fideikommissfrage zusammen. Die Unabhängigen beantragten, die Fideikommiss-Verhen und Stammgüter aufzulösen. Ein Antrag Scheef (D. d. P.) ersucht das Staatsministerium, dem Landtag die Gesetze betreffend den volkswirtschaftlich schädlichen Großgrundbesitz und das Sonderrecht der Fideikommiss-Verhen und Stammgüter in möglichst baldiger Vorzulegen. Justizminister Bolz teilte mit, daß schon vor einem Jahr ein Gesetzentwurf vorgelegen habe. Das Staatsministerium habe aber davon abgesehen, diesen einseitigen Entwurf vorzulegen, bis auch ein Entwurf über die volkswirtschaftliche Seite fertig gestellt sei. In der Zwischenzeit sei nun der erste Entwurf entsprechend umgearbeitet worden und liege zur Zeit dem Kult- und Finanzministerium zur Ausfertigung vor. Der Entwurf werde spätestens Anfang März dem Landtag zugehen. Er beziehe die Vorrechte des Großgrundbesitzes. Auch der zweite Entwurf über die volkswirtschaftliche Seite sei in baldige zu erwarten. Der Antrag der Unabhängigen wurde abgelehnt, der Scheefs angenommen.

Stuttgart, 2. Jan. (Apotheken und Krankenkassen.) Nach einer Verfügung der Ministerien des Innern und der Arbeit haben die Apotheken des Krankenwesens bei Bezahlung der geleisteten Arzneierinnerhalb eines Monats bei Befragungen bis zu 400 M. 5 Proz., 400—700 M. 10 Proz., 700—1000 M. 15 Proz. und über 1000 M. 20 Proz. Abschläge von den Preisen der Arzneitage zu gewähren.

Pfingstingen, 2. Febr. (Einbruch.) In der Nacht zum Dienstag wurde im Bahnhofgebäude an der Haltestelle Garbe eingebrochen und der Kassenschrank ausgeraubt. Von den Tätern hat man keine Spur.

Künzelsau, 2. Febr. (Bluttag.) Gestern früh 1 Uhr kam es in der Wirtschaft des Wälders und Wirts Siller hier zu einer Eifersuchtsz Szene, in deren Verlauf der Sattler und Tanzlehrer Georg Koll den Siller in dessen Schlafzimmer mit einem Messer erstach. Koll stellte sich der Polizei.

Urach, 2. Febr. (Der Letzte.) Als letzter der hiesigen Ausmarschiereten ist Oberreallehrer Weller nach 4 1/2-jähriger russischer Gefangenenschaft in der Heimat angekommen.

Schönmünzach, 2. Febr. (Keine Personenbeförderung mehr.) Seit 31. Januar sind die Kraftwagenfahrten zwischen Klosterreichenbach und Raunmünzach infolge Kündigung des Unternehmers eingestellt. Seit 1. Februar findet auf der ganzen Strecke keine Personenbeförderung mehr statt. Eine tägliche einmalige Pafetwagenfahrt zwischen Schönmünzach und Raunmünzach wurde neu eingerichtet.

Laupheim, 2. Febr. (Kaltblutjagd.) Der Pflanzbezugsverein für Kaltblut zählt zurzeit 447 Mitglieder, die sich aus den Oberämtern Laupheim, Biberach, Ehingen, Ravensburg, Ulm und Wabbe zusammenfassen. Der Mitgliedsbeitrag für 1921 wurde auf 10 M. erhöht und das Eintrittsgeld für neu eintretende Mitglieder von 10 auf 20 M. festgesetzt.

Ulm a. D., 2. Febr. (Ein Schaffhieber.) Der Schaffhalter Jausser aus Glems (Württ.) wollte 500 Schafe aus Bayern über Württemberg und Baden nach Frankreich verschleusen. Die Schafherde wurde an der Illerbrücke bei Neu-Ulm durch die Gendarmen aufgegriffen und beschlagnahmt. Jausser will die Schafe nicht verschleusen, sondern nur auf die Weide getrieben haben. Er betrieb seit 1918 einen schwunghaften Handel mit Schafen und hat dabei Millionen umgierpt und viel Geld verdient. Das Wuchergericht in Remmingen verurteilte Jausser zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, ferner verfielen 132 Schafe dem Einzug.

Vom Bodensee, 2. Febr. (Schiffsunfall.) — Neue Verhaftungen.) Infolge des Nebels und begünstigt durch den niederen Wasserstand ließ das erste Frachtschiff aus Konstanz, der Dampfer „Stadt Konstanz“ bei der Landungsbrücke Zinnenstaad auf Strand. Erst das nach Mittag eintreffende Wärt. Schiff „Friedrichshafen“ konnte den Dampfer abschleppen, der



alle seine Neuzugenden in Rettungsbooten ausgeschifft hatte. — Nach der Rückkehr aus der Schweiz wurde das Dampfschiff „Hohentwiel“ durch die Grenzpolizeibehörde einer Untersuchung unterzogen. Dabei wurde ein umfangreicher Schmuggel mit Brandy ausgeführt. Hausdurchsuchungen und die Verhaftung eines Angestellten brachten erhebliche belastende Material ans Tageslicht. — Am Samstag wurde in Fried ichshafen ein Arzneischieber verhaftet, Unterlehrer Burkart.

In Bregenz ist wieder eine nach der Schweiz bestimmte Millionenfabrikation aufgedeckt worden. Ein Zollinspektor soll in die Schiebung verwickelt sein.

Die amerikanischen Milchfähe.

Nächster Tage trifft der amerikanische Dampfer Westrov mit 742 Milchfähen in Bremen ein. Für die Verteilung haben die Spender selbst drei Listen aufgestellt. Unter den Empfängern befindet sich u. a. nach der „Köln. Zig.“ das Karlsruher Krankenhaus in Friedrichshafen a. Bodensee (?), das Waisenhaus Hardhaus in Neurath bei Karlsruhe, das Diakonissenhaus in Nonnenweier (Baden), das Waisenhaus und die Kinderheilstätten in Bad Dürkheim, der bad. Landesverband zur Bekämpfung der Lungentuberkulose in Karlsruhe, das Kinderheim in Herrnhut, die Bobelschwingische Anstalt Bethel bei Bielefeld, verschiedene katholische Anstalten im Rheingebiet usw. Von der Gesamtzahl der Tiere, sollen 3 Etüfen nach Berlin, 2 Etüfen nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet kommen. Ein besonderer Dampfer bringt Kraftfutter (Baumwollsaatmehl), 6 Zentner für jede Kuh. Die deutsch-amerikanischen Spender hoffen, noch weitere Kühe senden zu können, sie seien aber nicht in der Lage, die Seefracht, die sich jetzt auf 65 Dollar für das Stück stellt, auf 48132 Dollar oder rund 2,9 Millionen Papiermark, für weitere Sendungen selbst zu tragen. Auf alle Fälle wird den Spendern für dieses Zeichen treuen Gedenkens an die alte Heimat die Dankbarkeit allezeit erhalten bleiben.

In der Fremdenlegion.

Werber für die Fremdenlegion durchziehen das Land. Immer wieder gibt es Berichte junge Leute, die ihren Vordungen verfallen und sich der Legion verschreiben. Wie es dort zugeht und wie menschenunwürdig die Behandlung ist, entnehmen wir einem Briefe, den ein Württemberger dieser Tage in die Heimat sandte. Der Brief lautet:

Mein lieber B.! Du wirst sehr erstaunt sein, eine Mitteilung aus Afrika's Zonen zu erhalten. Es ist ja auch gute Zeit her, daß wir zum letztenmal voneinander gehört haben, und am allerwenigsten wirst Du daran denken, einen Bekannten in der berühmtesten Fremdenlegion zu wissen. Gewisse Umstände haben mich gezwungen, diesen letzten und gewagten Verzweiflungsschritt zu tun. Allerdings, mein Vater ist viel mitschuldig daran. Aber es ist mal so. Ich bin jetzt 3 Monate Legionär und habe mich für 5 volle Jahre verpflichtet. Ich kann Dir nur sagen: was in Deinen Kräften steht, setze alles daran, junge Leute vor der Fremdenlegion zu warnen. Nicht, daß wir hier strengere erziehen müssen, als daheim, der Dienst hier ist eine ziellose Spielerei. Aber die Behandlung! Trotzdem wir mindestens 60 Prozent Deutsche sind, also in der Ueberzahl, werden wir getreten und gefoltert, schlimmer als ein Stück Vieh. Daß einer blutig geschlagen wird, gehört zu der Tagesordnung. Mit einem Fuße steht man dauernd im Gefängnis. Aber eines darf ich getrost schreiben: wenn in Deutschland eine derartige patriotische Stimmung herrschte, wie bei uns, bräuchten wir um unsere Hoffnungen nicht bangen zu sein. Trotzdem auf das Abhängen vaterländischer Lieder 15 Tage Gefängnis stehen, singen wir täglich, wenn nur möglich, unsere alten deutschen Lieder. Gegenwärtig sind wir in einer Station, ungefähr 100 Km. nördlich der Sahara. Was die Temperatur anbetrifft, so genügt es, Dir zu schreiben, daß wir am Weihnachtsfesttag im Freien gebadet haben, daß wir aber während der Nacht oft ganz schrecklich frieren. Wir erhalten die letzte Ausbildung für den Frontdienst in Marokko. Engagiert wurde ich in Reg, nachdem ich über Ludwigshafen und Saarbrücken von den Werbepartnern dorthin gebracht worden war. Reg, du Schandblatt in der französischen Geschichte, von dir berichte ich nur, daß dort einem meiner Kameraden von einem Offizier die Eingeweide buchstäblich aus dem Leib getrieben wurden. Armer, bedröhter junger Deutscher! Bergeser wird die dort angebrachten Tage wohl keiner. — Der Briefschreiber schildert dann noch seine Fahrt durch Frankreich, über das Mittelmeer und den Marisch durch die Nordküste Afrikas und bittet um deutsche Bücher und Zeitungen.

Bermischtes.

Drachlose Musikübertragung. Von der Hauptmusikfelle Königsruferhausen (Brandenburg) wurde kürzlich ein Instrumentalkonzert durch drachlose Lautübertragung in die Welt hinausgeschickt. Eine 400 Kilometer entfernte Aufnahmestelle berichtet, die Musikübertragung sei so deutlich erkennbar gewesen, wie wenn das Konzert an Ort und Stelle stattgefunden hätte. Das Konzert wurde auch an den Empfangsstellen in Bregenz, Böhmen und Ungarn deutlich gehört. Ein englische, über 1000 Kilometer entfernte Empfangsstelle hebt die Klarheit der Lautübertragung hervor. Mit der Zeit dürfte es möglich sein, Konzert- und Opernaufführungen von einem Hauptort aus an beliebige Orte auf dem Land und an Schiffe auf der See ohne erheblichen Kostenaufwand hinauszugehen.

Münchener Messeverband. In München wurde ein Verband der Messe-Ansteller des Handelsammerbezirks München gegründet, der in Leipzig ein eigenes Ausstellungsgebäude für die Messe zu errichten beabsichtigt.

Bauernhochschultag. Am 12., 13. und 14. März findet in Dresden der erste germanische Bauernhochschultag im Anschluß an die Landwirtschaftliche Woche Sachsen (7. bis 11. März) statt. Zunächst soll die Schilrherrschafft der Bauernhochschule gebildet werden. Vertreter aus Deutschland, Desterreich, Deutschböhmen und Skandinavien werden Vorträge halten.

Gegen die Wahllosigkeit. Der Bürgerbund in Langensalza (Prov. Sachsen) hat beschlossen, den Namen jedes Wählers, der bei den preussischen Landtagswahlen am 20. Februar seiner Wahlpflicht nicht genügt, in den bürgerlichen Zeitungen der Stadt zu veröffentlichen.

Notgeldhegen. Die Stadt Raumburg hatte nach den Entwürfen des Dresdener Malers Heber künstlerisches Notgeld drucken lassen. Wie die thüringischen Blätter berichten, wurden die Scheine vollständig von Sammlern aufgekauft, so daß die Stadt nach Abzug der Unkosten an dem Hustelgeld eine Million Mark verdient hat.

Goethe und der Karneval. Als Goethe im Jahr 1825, im Alter von 70 Jahren, vom Karnevalverein der Stadt Köln zu dem Karneval geladen wurde, dankte er freundlich für die Einladung und ügte dem Schreiben die Verse zu: „Läßt sich ein solches Streben, — wenn es kurz ist und mit Sinn, — Hölleheit zum Erdleben — sei dem lächlichen Kaulz Gewinn.“

Schiebungen. In der Provinz Sachsen sind wieder einmal große Schiebungen mit Kohlen, Eisenbahnschienen und Benzin ausgeführt worden. Das Sachsenwerk G.m.b.H. in Merseburg hatte die Kleinbahnen der Provinz Sachsen mit den nötigen Materialien zu versorgen. Es soll jedoch festgestellt sein, daß das Werk einen schwindelhaften privaten Handel mit Benzin betrieb hat. Es ist festgestellt, daß für die Erfurter Gemeinde eine bedeutend größere Zahl von Schienen vom Sachsenwerk bestellt wurde, als tatsächlich gebraucht worden sind. Der Stahlwerkverband leitete auch prompt, aber es wurden nur einige hundert Meter für die Gemeindefabrik verwendet, während Tausende von Schienen vom Sachsenwerk auf Lager genommen und später mit großem Gewinn an private Unternehmer abgegeben wurden. Dadurch ist dem Reich enormer Schaden zugefügt worden, denn große Mengen von Schienen sollen von den privaten Unternehmungen mit ganz gewaltigen Aufschlägen wieder an die Staatseisenbahn verkauft worden sein. Ebenso wurden Kohlen verschoben.

In Leipzig sind 9 Güterbodenarbeiter und ein Oberbahnassistent sowie 5 Hehler verhaftet worden, die seit einem Jahr in den Güterhallen des Bahnhofs große Diebstähle ausgeführt und mit den Waren einen umfangreichen Handel getrieben haben. Ein Diebstahler im Wert von über 40000 Mk. wurde festgenommen. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Mk.

Wandernde Matrosen. Drei Marineangehörige, die in Saagen an der dänischen Nordküste landeten, wo sie mit einem Minensuchboot weilten, mehrere Villen ausgeplündert hatten, fanden vor der Küste Strahlhammer unter der Anleihe, Silberfächer, Bettzeug und Wäsche gestohlen zu haben. Mit Rücksicht auf den hohen Wert der Sachen und auf die schwere Schädigung des deutschen Namens und Ansehens im Ausland erkannte das Gericht gegen zwei Angeklagte auf je 1 Jahr, 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen.

— Vier aus Reisabfall. Dem Reichsrat ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, wonach zur Bereitung von Bier bis zum 30. September 1921 außer den bisher vorgezeichneten Rohstoffen zur menschlichen Ernährung nicht geeigneter Reisabfall, sowie geschälter Mais in Gestalt von Gries als Zuzuschüsse verwendet werden dürfen. Der von den Brauereien zur Viererstellung bezogene Reisabfall und Maisgries ist auf das Maßkontingent anzurechnen.

ep. Aus Avignon. Dem „Deutschen Studentenbündel“, der unsere Gefangenen in Avignon zu Weihnachten mit Grüßen und Gaben erfreut hat, ist aus dem dortigen Zuchthaus folgender Dank zugegangen: „Ihre lieben Wünsche haben uns recht wohl getan, und durch die Liebe und Treue, die uns aus allen Gegenden Deutschlands bewiesen wurde, war es uns möglich, nicht nur eine würdige, sondern auch eine in materieller Hinsicht schöne Feier zu veranstalten.“

Letzte Nachrichten.

In den Pariser Bedingungen.

WZ. Paris, 3. Febr. Die „Information“ aus London gemeldet wird, wird Lloyd George am kommenden Sonnabend in Buckingham zwei Reden halten, die erste im Rathhaus anlässlich seiner Erinnerung zum Ehrenbürger und später eine zweite Rede auf einem Bankett. Lloyd George wird über das Ergebnis der Pariser Konferenz sprechen.

WZ. Paris, 3. Febr. Der „Temps“ schlägt in seinem gestrigen Leitartikel im Anschluß an eine Betrachtung über die vorerfährte Rede des Reichsministers Dr. Simons unter Berufung auf Artikel 270 des Versailler Vertrags vor: 1) daß die alliierten Regierungen — jede in ihrer Beziehung — Besitz von den deutschen Zollrechten auf dem linken Rheinufer nehmen, 2) daß sie durch eine Zollgrenze das besetzte deutsche Gebiet von dem nichtbesetzten trennen, 3) daß die alliierten Regierungen in der Lage ein Zollregime für das besetzte Gebiet ausarbeiten.

WZ. Paris, 3. Jan. „Leit Journal“ ist der Ansicht, daß es das gute Recht der deutschen Regierung sei, Gegenwärtige zu machen. Der Versailler Vertrag ermächtigt Deutschland, bis 1. Mai alle ihm nützlich erscheinenden Einwände und Bemerkungen zu machen. Andere, sei es aber verpflichtete der Vertrag in keiner Weise die alliierten Regierungen, die deutschen Einwände zu beraten. Sie könnten darüber unter sich verhandeln und ihre Entscheidungen dem Berliner Ratsbrett zur Kenntnis bringen. Das sei die in Spanien angewandte Methode und Deutschland habe nicht derartige Beweise seines guten Willens gegeben, daß Veranlassung vorliege, eine andere Methode zu wählen.

WZ. München, 2. Febr. Die Korrespondenz Dr. Hoffmann meldet: Der Ministerrat beschloß, daß vom 3. Februar ab alle Unbarkheiten eingestellt werden.

WZ. Paris, 2. Febr. Nach einer Davaomeldung aus London hat Irland durch die „Morning Post“ eine Erklärung an das englische Volk gerichtet, in der er seine Be-

strebung über das Abkommen auf der Pariser Konferenz ausdrückt und sagt, zwischen England und Frankreich könne keine Meinungsverschiedenheit bestehen, denn die gemeinsamen Erinnerungen hätten zwischen beiden Ländern unlösliche Beziehungen geschaffen. England habe Frankreich nötig, wie Frankreich England nötig habe.

WZ. Berlin, 3. Febr. In einer Besprechung des Reichsstaatssekretärs mit Vertretern der Presse erklärte Geh. Rat Prof. Dr. Wendemann, daß die von den Alliierten in Paris aufgestellten Bestimmungen über den deutschen Luftverkehr einmütige Ablehnung erfahren würden, weil sie dem Friedensvertrag direkt zuwiderläfen.

WZ. Köln, 3. Febr. Die Kölnische Zeitung schreibt: Wenn die Gegenwärtigen der deutschen Regierung abgewiesen werden, dann tritt der von dem Reichsminister Dr. Simons bereits ins Auge gefaßte Fall ein, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich nicht freiwillig dem Pariser Diktat fügen können und dem Verlangen nach unserer Unterschrift ein „Unmöglich“ entgegenzusetzen müssen. Die Gründe, die uns zu einer solchen Haltung zwingen würden, sind in der Rede des Reichsministers Dr. Simons so einleuchtend und zwingend zusammengefaßt, daß man zu ihrer nochmaligen Darlegung im wesentlichen auf eine Umschreibung seiner Worte angewiesen wäre. Diese Worte aber wirken nur umso überzeugender, weil sie vor allem den nächsten Verstand und die Erkenntnis der Wirklichkeit anrufen und jede gefühlsmäßige Beurteilung zurücktreten lassen. Die deutsche Regierung hat dadurch, daß sie sich vor der Pariser Konferenz zu Verhandlungen über die franz. Vorschläge unter Verzicht auf das ihr aus dem Friedensvertrag zustehende Recht bereit erklärte, ein so weitgehendes Entgegenkommen bewiesen, daß die öffentliche Meinung ihr schwer zu folgen vermag. Unser Entgegenkommen wurde ohne jede Anerkennung verschwendet. Der Verhandlungswille der deutschen Regierung ist nach wie vor vorhanden, aber die Grenzen, die ihm durch den Lebenswillen und das Lebensrecht des deutschen Volkes gezogen sind, kann er schließlich nicht überschreiten. — Die Kölnische Volkszeitung billigt den Weg, auf den die Erklärungen des Reichsministers Dr. Simons die deutsche Politik hinweisen. Die positive Seite der Erklärungen des Ministers liege in den Gegenwärtigen. Nur wenn wir in London verhandeln können, sind deutsche Gegenwärtige möglich. Wenn die Feinde uns ein neues Verfalls durch Aufzwingung ihrer Pariser Beschlüsse bereiten wollen, dann kommt Deutschland in die Lage eines Mannes, der nichts mehr zu verlieren hat.

WZ. Köln, 2. Febr. Die Sekretariate der Rheinischen Volkspartei und der Christlichen Volkspartei veröffentlichten folgende Erklärung: Die Rheinische Volkspartei und die Christliche Volkspartei haben bisher ehrlich versucht, eine Vorkonvention und Veröhnung anzubahnen und besonders hier im Westen die Brücke zu bauen, die das ganze Deutschland und seine ehemaligen Gegner wieder vereinigen sollte. Diese Bemühungen sind durch das Verhalten Preußens und die Beschlüsse der Pariser Konferenz endgültig vernichtet worden. Jetzt kann es für alle deutschen Volksparteien nur noch eine Lösung geben: Fort mit allem inneren Zwist, Stärkung der Reichsregierung, hinter der das gesamte deutsche Volk geschlossen stehen muß.

WZ. Washington, 3. Febr. Der zukünftige Präsident Harding hat den Präsidenten Wilson ersucht, zum 4. März, dem Tage der Einsetzung Hardings, eine Sondertagung des Senats einzuberufen.

WZ. Berlin, 3. Febr. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge kam es in dem Verlorungsazarett Tegel zu schweren Ausschreitungen der Insassen gegen den Chefarzt Dr. Saar. Als Dr. Saar die Ausstellung von Freisichtkarten als für ihn unmöglich bezeichnete, drangen etwa 50 Patienten auf ihn ein. Der Arzt mußte auf die Straße flüchten. Das Hauptverwaltungsamt ließ das Lazarett von der Polizei besetzen und beschloß, es aufzulösen. Von den 260 Insassen wurden 80 in andere Heilanstalten überführt, der Rest der Patienten wird entlassen werden.

WZ. Berlin, 3. Febr. Aus Breslau wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt: Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Eriau weißt, fand im Walde bei Romin eine regelrechte polnische Parade statt. Etwa 3- bis 400 Soldaten hatten sich unter Führung des berechtigten Kandidaten Schil eingefunden, der die Uniform eines polnischen Oberleutnants trug. Zur Abnahme der Parade kamen im Auto zwölf Herrn aus Rybnik.

Briefkasten.

100. Die erhöhten Unterstützungssätze sind am 1. Dez. 1920 in den beiden Anlässen veröffentlicht worden. Es bezieht ein erwerbsloser Ehemann täglich 7 Mark, daneben für die Ehefrau täglich 3 Mark 25 Pfennig, für 1 Kind 3 Mark 25 Pfennig, insgesamt höchstens 14 Mark.

Konkurrenz.

Gloß, Wilhelm, Schuhwarenhandler in Heilbronn.
Karl Gollmar, Magazin für Haus- und Küchengeräte, Spezialgeschäft für Garten und Tabak in Ebingen.

Druck und der Verlag W. Kieker'schen Buchdruckerei Aktien-Ges. für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Geschäftliche Mitteilungen.

Hord a. N., 31. Jan. Der Gasthof z. Kreuz hier samt Inventar (Besitzer: Emil Schiebel hier), ging durch Kauf in den Besitz des Johannes Manfred Spiegelhalter von Freiburg i. B., über. — Der Abschluß erfolgte durch das hiesige Immobilien- und Hypothekengeschäft Albert Preßburger.

Unsere Zeitung bestellen!

